

Keine Abschiebungen, Knäste, Lager

Aufruf zur Demonstration am Samstag, den 09. Dezember 2006

Jede Woche gibt es sie zu sehen, die Bilder von Flüchtlingen, die in kleinen maroden Fischerbooten auf europäisches Territorium gelangen wollen. Zielorte der verzweiferten Menschen, die auf der Suche nach einem besseren Leben Not und Verfolgung entfliehen wollen, sind die Afrika vorgelagerten kanarischen Inseln oder die italienische Insel Lampedusa. Aber lange nicht alle Flüchtlinge erreichen auch die Inseln. Hunderte, wenn nicht sogar Tausende scheitern bei ihrer Flucht und ertrinken im Meer.

Dieses alltägliche Drama ist eine Folge der europäischen Abschottungspolitik. Die aufgerüsteten und militarisierten Außengrenzen der europäischen Gemeinschaft verhindern weitgehend die sichere Flucht über den Landweg oder auf legalen Schiffsrouten. Vor wenigen Monaten waren noch die spanischen Enklaven Ceuta und Melilla in Nordafrika an der Straße von Gibraltar Zufluchtsorte. Nachdem die spanische Armee auf die Flüchtlinge am Grenzsaun scharf geschossen und den Saun weiter verstärkt hat, müssten die Flüchtlinge auf den gefährlichen Seeweg ausweichen.

In Europa wird die Migration nur noch als Bedrohung wahrgenommen. Aus Sicht der europäischen Regierungen handelt es sich bei den Flüchtenden nicht um Menschen auf der Flucht vor Elend und politischer Unterdrückung, sondern um Menschen zweiter Klasse, die nach der absurden Logik europäischer Politiker den europäischen Reichtum gefährden würden.

Die Abschottungspolitik der EU könnte auch als Flüchtlingsbekämpfungsprogramm bezeichnet werden. Ziel der europäischen Politik ist es, die Flüchtlinge erst gar nicht auf europäisches Territorium gelangen zu lassen. Mit europäischen Geldern werden in den Transitstaaten Nordafrikas, unabhängig von internationalen Schutzabkommen oder der Menschenrechtssituation, sogenannte Auffanglager errichtet. Auch in den EU-Anrainerstaaten Ukraine, Moldawien und Belarus entstehen Auffanglager.

Die menschenrechtliche Situation in den bereits

bestehenden Lagern ist besorgniserregend. Welchen Gefahren die Flüchtlinge in den Partnerländern der EU ausgesetzt sind, zeigen Beispiele aus Marokko und Libyen. Über tausend Flüchtlinge wurden vom marokkanischen Militär in der Wüste Sahara ausgesetzt und erst nach internationalen Protesten teilweise wieder aus der Wüste zurückgeholt. Libyen, ein wichtiger Partner Italiens bei Abschiebungen, setzt die Flüchtlinge einfach an der Grenze zu Niger aus. Bei einer solchen Aktion im Jahr 2004 sind mindestens 18 Menschen verdurstet.

Diese Beispiele zeigen deutlich, dass die Europäische Union kein Interesse am Schicksal der Flüchtlinge hat und stattdessen ein Outsourcing betreibt. Europa schottet sich vor den Flüchtlingen ab, rüstet an den Außengrenzen auf und verlagert damit die Verantwortung in die Anrainerstaaten oder die Transitländer.

kein
mensch
ist
illegal

Außen vor bleibt bei dieser hysterischen Sichtweise auf die Flüchtlinge, dass die Hauptlast der weltweiten Flucht die armen Länder und nicht Europa trägt. Mehr als 85% der Flüchtlinge bleiben in den Herkunftsregionen und leben in Elendslagern unter unzumutbaren Umständen.

Deutschland spielt bei der europäischen Flüchtlingspolitik eine herausragende Rolle und gehört mit zu den Hardlinern. Durch die Abschottungspolitik gelingt es nur noch wenigen Flüchtlingen in die Bundesrepublik zu gelangen. Im letzten Jahr waren es weniger als 5 Prozent der Asylsuchenden (in Zahlen ca. 2500 Menschen), die als Flüchtlinge anerkannt wurden. Langjährig geduldete Flüchtlinge, deren Kinder in Deutschland geboren wurden, werden auch nach 15 Jahren aus der Bundesrepublik ausgewiesen. Flächendeckend werden Asylsuchende in Lagern unter menschenunwürdigen Bedingungen untergebracht. Zudem legt die sogenannte Residenzpflicht fest, dass sie den ihnen zugewiesenen Landkreis nicht verlassen dürfen. In Niedersachsen stehen Innenminister Schönemann und Ministerpräsident Wulff für eine besonders harte Linie in der Asylpolitik.

keine

abschiebung

knäste

lager

Suizid in Abschiebehaftanstalt in Langenhagen

Der seit über fünf Jahren in Deutschland lebende 17-jährige tamilische Flüchtling Arumugasamy Subramaniam wurde im Jahr 2000 verhaftet und nach Langenhagen in die Abschiebehaftanstalt verbracht. Ohne dass er sich etwas zu Schulden kommen lassen hatte, wurde er inhaftiert. Innerhalb von nur drei Tagen sollte er in ein Land mit einem tobenden Bürgerkrieg abgeschoben werden. Aus Angst und Verzweiflung erhängte sich der minderjährige Flüchtling in seiner Zelle in Langenhagen.

Der Suizid von Arumugasamy Subramaniam ereignete sich am 8. Dezember 2000, kurz nach der Eröffnung der Abschiebehaftanstalt. Danach gab es unzählige Proteste gegen die Haftanstalt und gegen Abschiebungen. Es gab Hungerstreiks und mehrere Suizidversuche.

Die Verschärfungen in der Asylpraxis sind von SPD, CDU, CSU, FDP und Grünen getragen worden. Gestützt von Ausländerbehörden und RichterInnen mit ihrer engen Auslegung der Gesetze.

Hannover als Standort eines niedersächsischen Abschiebegefängnisses

Seit Mai 2000 betreibt das Land Niedersachsen in Hannover-Langenhagen ein zentrales

Abschiebegefängnis für MigrantInnen, die nach dem Willen des Staates und auf Veranlassung der Ausländerbehörden abgeschoben werden sollen. Dazu wurden drei Gebäude eines ehemaligen Kasernengeländes direkt am Flughafen Langenhagen zu einem Knast umgebaut. In ihm können bis zu 143 Männer und 42 Frauen, im Ausnahmefall sogar 245 Menschen eingesperrt werden. Ausgestattet mit elektronisch gesicherten Stahlzäunen, Stacheldraht, Kameras, Alarmanlagen und Sicherheitsschleusen unterscheidet sich dieses Gefängnis in nichts von irgendeinem „normalen“ Knast. Die Tatsache, dass inzwischen auch Strafgefangene dort inhaftiert werden, bestätigt dies.

Die Zukunft der abgeschobenen Menschen interessiert die Behörden dabei ebenfalls wenig; weder ob die Deportierten Folter, Gefängnis oder Tod erwartet, noch, ob sie in Krisengebiete abgeschoben werden.

Protest gegen die Abschiebehaftanstalt

Wir wollen mit dieser Demonstration gegen Abschiebungen, Ausreisezentren, Abschiebehaftanstalten und alle anderen Formen von Lagern demonstrieren. Nicht zuletzt wollen wir mit einer Demonstration zum Knast Langenhagen den Inhaftierten unsere Solidarität zeigen

Wir fordern:

- Schließung aller Abschiebehaftanstalten und Lager
 - freie Wahl des Lebensmittelpunktes
- Entkriminalisierung irregulärer Aufenthalte
 - Recht auf Bewegungsfreiheit
 - Gleiche Rechte für Alle

Demonstration am Samstag, den 09. Dezember `06 11 Uhr ab S-Bahn Station Flughafen Langenhagen